



Lagebericht für das Geschäftsjahr 2007

I. Gesetzliche und satzungsmäßige Grundlagen

Das Versorgungswerk ist nach § 1 des Gesetzes über die Versorgung der Steuerberater (StBVG NW) vom 10. November 1998 eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Sitz in Düsseldorf (§ 1 Abs. 1 der Satzung des Versorgungswerks der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen vom 13. Januar 1999). Das Versorgungswerk hat die Aufgabe, seinen Mitgliedern und sonstigen Leistungsberechtigten Versorgung nach Maßgabe des StBVG NW und der Satzung zu gewähren.

II. Geschäftsverlauf und Lage des Versorgungswerkes

1. Allgemeines

Das Versorgungswerk verwaltet zum 31. Dezember 2007 aufgrund der Mitverwaltung der Versorgungswerke der Steuerberaterinnen und Steuerberater in Rheinland-Pfalz, der Steuerberater in Hessen und des Versorgungswerkes der Psychotherapeutenkammer NRW insgesamt ca. 12.000 Mitglieder.

Im Berichtsjahr gab es keine Erweiterung der Geschäftstätigkeit bezogen auf die Mitverwaltung anderer Versorgungswerke.

2. Mitgliederbestand

Der aktive Mitgliederstand des Versorgungswerkes betrug zum 31. Dezember 2007 insgesamt 7.582 (Vorjahr 7.215). Die Entwicklung des Mitgliederbestandes, des Bestandes an Rentenempfängern und der vom Versorgungswerk zu

leistenden Jahresrenten ist auch aus der dem Lagebericht beigefügten Anlage (Muster 4 RechVersV) ersichtlich.

3. *Beiträge und Leistungen*

Die verdienten Beiträge sind im Geschäftsjahr von 53,93 Mio € (2006) auf 58,52 Mio € gestiegen. Das Versorgungswerk zahlte Leistungen für Berufsunfähigkeitsrenten in Höhe von ca. 268 T€ (Vorjahr ca. 300 T€), für Witwer- u. Witwenrenten in Höhe von 174 T€ (Vorjahr ca. 118 T€) sowie für Waisenrenten in Höhe von ca. 35 T€ (Vorjahr ca. 26 T€). Ferner wurden Altersrenten in Höhe von ca. 348 T€ gezahlt (Vorjahr 211 T€).

4. *Kapitalanlagen, Rendite aus den Kapitalanlagen*

Die Entwicklung der Kapitalerträge im Geschäftsjahr war geprägt durch eine grundsätzlich positive Entwicklung an den Aktienmärkten und eine moderate Entwicklung an den Rentenmärkten in Europa. Aufgrund dessen konnte der Lazard StBV-NW-Fonds leichte Gewinne erzielen, die auch teilweise ausgeschüttet wurden. Die Ausschüttung wurde dazu verwendet, in gleicher Höhe wieder Anteile am Lazard StBV-NW-Fonds zu erwerben.

Die Manages des globalen Rentenfonds CS-Global Rent (Credit-Suisse) konnten Gewinne erwirtschaften, so dass auch dieser Fonds eine Ausschüttung durchgeführt hat. Diese Ausschüttung wurde vollständig wieder in Anteile an CS-Global-Rent-Fonds reinvestiert.

Dem im August des Vorjahres aufgelegten Immobilien-Fonds Warburg-Henderson Europa Nr. 3 Fonds, der unter der Führung des Versorgungswerks der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen gegründet wurde und an dem das Versorgungswerk mit einem einzubringenden Anteil in Höhe von 25 Mio EUR beteiligt ist, wurden in 2007 keine weiteren Mittel zugeführt. Auch dieser Fonds hat eine Ausschüttung vorgenommen. Im Berichtsjahr hat dieser Fonds keine neuen Objekte erworben.

Aufgrund der negativen Entwicklung an den Rentenmärkten haben sich die stillen Reserven im Bereich des Direktbestandes aufgelöst und in stille Lasten in Höhe von EUR 1,8 Mio verwandelt. Demgegenüber betragen die Stillen Reserven bei den drei Spezialfonds insgesamt EUR 18,5 Mio. Die zu dem Zweck der Ausgleichmöglichkeit in unterschiedlichen Marktsituationen in den vergangenen Jahren gebildeten Stillen Reserven haben somit ihren Zweck erfüllt.

Die errechnete Nettorendite, berechnet nach der Verbandsformel des Gesamtverbandes der deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), liegt für das Geschäftsjahr bei 4,29 % (Vorjahr 4,33 %) und liegt damit über dem Rechnungszins von 4 %.

5. *Verwaltungskosten, Kosten der Kapitalanlagenverwaltung*

Die Kosten für den Versicherungsbetrieb sind im Geschäftsjahr mit 1,96 % (Vorjahr 2,17 %) gesunken. Die Kosten für die Verwaltung der Kapitalanlagen bewegen sich mit 0,07 % auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr 0,07 %).

6. *Versicherungsmathematik*

Die bereits im Vorjahr durch den Dachverband der berufsständischen Versorgungseinrichtungen angekündigten neuen berufsständischen Sterbetafeln wurden unter Auswertung der von den meisten Versorgungswerken zur Verfügung gestellten Daten von der Heubeck Richttafeln GmbH im April 2007 fertig und den Versorgungswerken als Generationentafel zur Verfügung gestellt.

Insgesamt hat sich die Vermutung bestätigt, dass sich gegenüber den bisher verwendeten Richttafeln 1997 die Längerlebigkeit weiter erhöht hat.

Der Vorstand hat daher auf Grundlage von Berechnungen des Versicherungsmathematikers Überlegungen angestellt, wie rechnerisch der erhöhten Längerlebigkeit entgegen gesetzt werden kann. Dabei spielt auch die Frage eine Rolle, wie ggf. die neuen Richttafeln umgesetzt werden sollten und hier insbesondere, ob dies in Form der Generationentafel erfolgen kann oder soll. Im Rahmen dieser Diskussion ist der Vorstand nach Beratungen mit dem Versiche-

rungsmathematiker zu der Überzeugung gelangt, dass es für das Versorgungswerk nicht sinnvoll ist, die neue Generationentafel ohne Modifikationen umzusetzen. Dies begründet sich zum einen darin, dass nach Hinweisen des Versicherungsmathematikers die Generationentafel Unsicherheiten hinsichtlich der Invaliditätswahrscheinlichkeiten beinhaltet, da das zugrundegelegte Zahlenmaterial aus den verschiedenen Versorgungswerken aufgrund unterschiedlicher Satzungsregelungen zu interpretationsbedürftig ist und nicht die Verhältnisse im Versorgungswerk der Steuerberater im Land Nordrhein-Westfalen widerspiegelt. Zum anderen enthalten die Sterbewahrscheinlichkeiten der jüngeren Mitglieder keine Sicherheitsmargen, die aus Sicht des Vorstandes und des Versicherungsmathematikers ausreichend erhöht werden sollten.

Da die bisher verwendeten Richttafeln nicht mehr in der Lage sind die zukünftigen Leistungsverpflichtungen des Versorgungswerkes bei der Berechnung der Deckungsrückstellung zutreffend abzubilden hat der Vorstand die Berücksichtigung der neuen Sterbetafeln als modifizierte Periodentafel mit Sicherheitsmargen im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2007 beschlossen.

Durch die Berechnung der Deckungsrückstellung mit den neuen Rechnungsgrundlagen ergab sich eine zum 31. Dezember 2007 zu bildende Deckungsrückstellung (unter Verwendung einer hierzu vorsorglich innerhalb der Deckungsrückstellung gebildeten Biometrierückstellung von 30.000 T€ und der Berücksichtigung einer verbleibenden Zinsschwankungsreserve von 27.000 T€) in Höhe von 390.225 T€ (i. Vj. 289.333 T€), wodurch der Deckungsrückstellung zum 31. Dezember 2007 insgesamt 100.892 T€ zuzuführen waren. Da der Jahresüberschuss vor Zuführung zur Deckungsrückstellung in Höhe von 70.207 T€ hierzu nicht ausreichte, ergab sich ein Fehlbetrag in der versicherungstechnischen Bilanz in Höhe von 30.683 T€.

Nach § 37 Abs. 2 und 3 der Satzung sind die Verlustrücklage (3.621 T€) und die Rückstellung für satzungsgemäße Überschussbeteiligung (5.792 T€, nach Entnahmen für die in den Vertreterversammlungen vom 22. Mai 2006 und vom 09. August 2007 beschlossenen Gewinnverwendungen bzw. Satzungsänderungen) zur Deckung des Fehlbetrages herangezogen worden, so dass letztendlich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 21.272 T€ ausgewiesen wird.

Maßnahmen, wie der Jahresfehlbetrag in den Folgejahren ausgeglichen und die erforderlichen Reserven auf der Passivseite wieder aufgebaut werden, müssen noch durch die Vertreterversammlung beschlossen werden.

Hier ergeben sich verschiedene Alternativen, die vom Vorstand mit dem Versicherungsmathematiker erarbeitet wurden und der Vertreterversammlung in der Sitzung am 20. Juni 2008 in einer Beschlussvorlage vorgestellt werden. In Betracht kommen beispielsweise die Finanzierung über die Anhebung des Renteneintrittalters von derzeit 65 auf 67 Jahre oder die Einführung eines Generationenfaktors. Hierdurch könnte der Jahresfehlbetrag im Folgejahr vollständig aufgeholt werden, so dass in den kommenden Jahren die Finanzierung von Leistungsverbesserungen wieder im Vordergrund stehen kann.

Im Hinblick auf eine erneute Überprüfung und Anpassung der versicherungsmathematischen Richttafeln in ca. 10 Jahren ist der Vorstand zudem der Ansicht, dass auch in den kommenden Jahren vorausschauend wieder Reserven in Form einer Biometrierückstellung gebildet werden sollten, um auch zu diesem Zeitpunkt ausreichend vorbereitet zu sein.

III. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ergeben.

IV. Voraussichtliche Entwicklung

Gegenüber dem Vorjahr wird eine Erhöhung der Zugangszahlen erwartet. Durch das im März 2008 in Kraft getretene 8. Steuerberatungsgesetz wird der Status des Syndikussteuerberaters eingeführt. Dadurch wird es zu einer noch nicht genau bezifferbaren Anzahl von zusätzlichen Bestellungen kommen. Noch nicht abschließend geklärt ist, inwieweit die Syndikussteuerberater von der Versicherungspflicht in der Deutschen Rentenversicherung befreit werden. Hier findet derzeit noch ein Abstimmungsprozess mit der gesetzlichen Renten-

versicherung statt. Daneben wurde zum 1.1.2008 die Beitragsbemessungsgrenze geringfügig auf 5.300,- EUR im Westen angehoben und im Osten auf 4.500,- EUR abgesenkt. Für 2008 ist somit insgesamt mit einem Anstieg des Beitragsvolumens zu rechnen. Für das Kalenderjahr 2008 rechnen wir aufgrund des Alterseinkünftegesetzes wie im Vorjahr mit zusätzlichen Beitragseinnahmen.

Anfang 2008 wurde die bisherige Mitgliederverwaltungssoftware wegen gestiegener Anforderungen auf eine grundlegend überarbeitete Version umgestellt. Die Umstellung der Software erfolgt in verschiedenen Etappen, wobei je nach Fortschritt der Umsetzungsarbeiten umfangreiche Tests durch die hierfür vorgesehenen Mitarbeiter des Versorgungswerks durchgeführt wurden.

Hinsichtlich der Anlagepolitik wird der Vorstand weiterhin der gemeinsam, mit einem unabhängigen Berater für Vermögensanlagefragen, entwickelten Vermögensanlagestrategie folgen. Ziel ist die weitere Diversifikation der Anlage-segmente zur kontinuierlichen Reduzierung des Anlagerisikos.

Zur Verbesserung seiner Entscheidungsgrundlagen hat sich der Vorstand Anfang 2008 entschlossen, erstmalig einen Auftrag zu einer umfassenden Analyse der Performance und des Controllings hinsichtlich der Kapitalanlage inklusive des Anlageprozesses zu vergeben. Diese Analyse soll Aufschluss darüber geben, ob es hinsichtlich der Kapitalanlage Optimierungspotentiale gibt, die seitens des Vorstandes und der Geschäftsführung genutzt werden können. Der Vorstand ist der Ansicht, dass im Hinblick auf das bereits erreichten Anlagevolumen ein externes Controlling die Transparenz und Sicherheit im Bereich der Kapitalanlage deutlich erhöht und dass dies im Sinne der Mitglieder des Versorgungswerks ist.

V. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung sehen wir wie im Vorjahr, in dem in der Beitragskalkulation für die Rentenanwartschaften zugrunde gelegten Rechnungszins in Verbindung mit den derzeit immer noch relativ niedrigen Zinsen für festverzinsliche Wertpapiere. Die Auswirkungen der Subprime-Krise wer-

den auch indirekte Auswirkungen auf die Kapitalanlagen des Versorgungswerks haben, auch wenn eine direkte Betroffenheit des Versorgungswerkes nicht besteht.

Die Veröffentlichung der neuen Richttafeln für berufsständische Versorgungswerke hat gezeigt, dass die Lebenserwartung der Mitglieder der Versorgungswerke erneut gestiegen ist. In 2008 wird daher von der Vertreterversammlung darüber zu entscheiden sein, durch welche Maßnahmen die in der Deckungsrückstellung berücksichtigte gestiegene Lebenserwartung gegenfinanziert wird, um auch weiterhin die langfristige Erfüllbarkeit der Rentenversprechen gewährleisten zu können.

Schließlich stehen den Risiken auch Chancen gegenüber, die den Kurswert der Rentenpapiere durch fallende Zinsen wieder steigen läßt. Auch dies wurde bei den vorliegenden Papieren im zurückliegenden Zeitraum bereits beobachtet.

Weitere Risiken von Bedeutung sind für die Geschäftsführung und den Vorstand zur Zeit nicht erkennbar.

Düsseldorf, den 08. April 2008

gez. Dietmar Lücking

Präsident